

ENTSCHIESSUNGSSANTRAG

der Abgeordneten Fiona Fiedler, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Kostenanalyse Pflege

Der Pflegenotstand ist in aller Munde, es wird über Kosten und zu niedrige Gehälter diskutiert, Attraktivierung des Berufs und Bonuszahlungen. Wie viel unser Pflegesystem kostet weiß aber kaum jemand. Rechnungshofüberprüfungen geben zwar einzelne Einblicke (1), welcher Abdeckungsgrad an Versorgung damit gegeben wird, ist allerdings unklar. Ebenso unklar ist, welche privaten Kosten noch dazu kommen, welche Pflegeleistungen mangels geeignetem Entlassungsumfeld in Krankenhäuser verlagert werden und welchen Anteil Bundes- und Landesleistungen darstellen.

Der Pflegebedarf ist eine unbestrittene Wahrheit, immerhin war das schon 2011 klar (2). Die Entwicklung der Altersstruktur ist ein klarer Beweis für den steigenden Bedarf, zwischen 2025 und 2050 wird eine Verdreifachung der Kosten erwartet (3). Allerdings sind auch diese Prognosen nur mit dem vorhandenen Ausbaugrad gerechnet, ebenso berücksichtigt werden müsste aber auch, dass die Zahl der pflegenden Angehörigen wohl ebenfalls abnehmen wird (4). Zusätzlich müsste in den Berechnungen auch berücksichtigt werden, wie viele Pensionsbezüge zur Kostendeckung direkt an Pflegeheime weitergeleitet wird und welche Summen der Mindestsicherung zur Abdeckung der Heimkosten genutzt wird. Da derartige Transferleistungen bei einer Kostenanalyse aber genauso berücksichtigt werden müssten, wie das dafür dezidierte Budget (also beispielsweise das Pflegegeld), wäre es von Vorteil für die Budgetplanung, wenn es eine umfassende Kostenanalyse erstellt würde, auf deren Basis auch eine zukunftssichere Finanzierung erstellt werden kann.

1. https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/004.682_Pflege_Oesterreich.pdf
2. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110926 OTS0107/pflege-hundstorfer-steigender-pflegebedarf-ist-herausforderung-der-zukunft
3. https://www.wifo.ac.at/news/pflegekosten_steuern_bis_2050_rasant
4. <https://www.ig-pflege.at/hintergrund/datenundfakten.php>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHIESSUNGSSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, zum Zwecke der besseren Finanzierungsplanung eine umfassende Kostenanalyse der Pflege in Österreich zu erstellen und dem Nationalrat vorzulegen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgeschlagen.

(Unter der Nr. 0703)
(BROTHAUSSEN)

(WEKNER)
www.parlament.gv.at

(FIEDLER)
(REINHOLDSEN)

